

## **Haushaltsrede von Bürgermeister Carsten Grawunder**

**vor dem Rat der Stadt Drensteinfurt am 11.12.2023**

### **Alte Post**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Drensteinfurt,  
sehr geehrte Sachkundige Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Drensteinfurt,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,  
sehr geehrte Besucherinnen und Besucher,

der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 sowie die Finanzplanung für die Jahre bis 2027 sind sicher mit einer ganz besonderen Spannung erwartet worden. Die Planungen haben nun einen Stand erreicht, über den es sich in den nächsten Wochen zu reden lohnt und der schon sehr viele von den durch äußere Faktoren beeinflussten Kennzahlen und Daten berücksichtigt. Dennoch wird sich auch an diesem Entwurf noch das ein oder andere ändern.

Es ist auch der erste Haushalt im neuem System der Finanzsoftware „Infoma“ und somit gerade für die Kämmerei noch mal eine ganz besondere Herausforderung. Routinen, die sich in der Vergangenheit eingestellt haben, müssen nun neu entwickelt werden.

Der Erstellungsprozess hat die „alte“ und die „neue“ Zeit umfasst (vor und nach der Neu-Organisation). Die Aufgabe war, gerade mit Blick auf die HH-Beratungen einen möglichst reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Die Fachbereiche haben einen neuen Zuschnitt sowie eine zusätzliche Hierarchieebene erhalten.

Der FB 1 steht heute unter neuer Führung und mit einer vollständig neuen Mannschaft da.

Die Beratungen waren bei aller zusätzlichen Belastung stets durch ein ausgesprochen hohes Engagement und persönlichen Einsatz geprägt. Und das in einer Zeit, in der sich eine Krise an die andere reiht.

Bevor ich einsteige, vorab mein herzlicher Dank an Sie, die im Rahmen einer kleinen Konsolidierungskommission schon ganz maßgeblich an der Erstellung dieses Entwurfes mitgearbeitet haben. Danke, dass Sie Ihre Zeit und Ihre Gedanken mit eingebracht haben.

Danke auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die in mehreren Runden ihre Energie dafür eingesetzt haben, dass mit Blick auf die Zukunft gute Ideen entwickelt worden sind und die Haushalte der kommenden Jahre damit eine deutliche Entlastung erfahren.

Die folgenden Ergebnisse aus den internen Überlegungen waren dann auch in einem ersten Entwurf enthalten, haben aber noch nicht die gewünschten Effekte erzielt.

Personal: Die Personalaufwendungen sinken für 2024 leicht im Vergleich zum Vorjahr um 44 T€, bevor sie in der Folgeplanung im Jahr 2025 um ein gutes Prozent und für 2026 und 2027 wieder um die auch schon in der Vergangenheit angesetzten gemutmaßten Tariferhöhungen in Höhe von 3 % ansteigen.

Im Stellenplan verringern sich die vollzeitverrechneten Stellen von 114,64 um mehr als eine halbe Stelle auf 114,02, obwohl wir im Aufgabenbereich der Grundsicherung eine zusätzliche Stelle haben aufnehmen müssen. Ein Teil dieser Reduzierung ist auf Einsparpotential bei der Gebäudereinigung zurückzuführen. Alle Reinigungsintervalle wurden auf entsprechende Möglichkeiten hin überprüft; in einigen Revieren konnten die Intervalle gestreckt werden. Die angemieteten Räume über der Volksbank fallen ab Mitte des Jahres ganz aus der Reinigung.

Des Weiteren haben wir eine halbe Stelle in meinem Büro zwar im Stellenplan belassen, werden diese aber ab März zunächst für 10 Monate nicht nachbesetzen. Hier wollen wir schauen, ob die vorhandenen Aufgaben mit weniger Personalaufwand zu bewältigen sind.

Sanierung und Ausbau von Straßen: Hier sind mit Blick auf die Vergangenheit hinsichtlich dessen, was seitens der Verwaltung überhaupt zu schaffen war, in der Summe deutliche Einsparpotentiale gehoben worden. Dies ist ganz maßgeblich darauf zurückzuführen, dass mit Blick auf den Finanzhaushalt hierfür notwendig werdende Kredite später und ggf. über längere Zeiträume erst notwendig werden. Wenngleich wichtige Maßnahmen betroffen sind, die irgendwann auch umgesetzt werden müssen und sollen, so gehen die Aufwände für Zinsen in den kommenden Planungsjahren durch dieses Herangehen spürbar zurück.

Raumbedarf an der Teamschule: Hier werden wir bis auf weiteres die Instandhaltungskosten für den Altbau am Autermanngraben auf null setzen, um eine schleichende Kernsanierung zu vermeiden. Wenn die Empfehlungen der neuen Schulbedarfsplanung bzw. deren Fortschreibung vorliegen, muss über Raumbedarfe neu entschieden werden.

Pumptrack Walstedde: Eine eigentlich gewünschte Maßnahme, die sich nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen aus dem Schallschutzgutachten nicht am alten Standort der Skater-Anlage umsetzen lässt. Zuletzt immer wieder geschoben, ist sie jetzt ganz rausgenommen.

Stadtverwaltung: Die Räume im benachbarten Volksbankgebäude sind zur Jahresmitte 2024 bereits gekündigt. Einsparung zukünftig jährlich 20 T€, in 2024 10 T€. Mit einer geschickten Gestaltung der sogenannten „New-Work“ mit festgelegten Anteilen des Mobilen Arbeitens werden wir versuchen, den Raumbedarf für die Verwaltung noch einmal deutlich zu reduzieren, bevor es dann perspektivisch in die Planung für einen entsprechenden Ersatz-Neubau geht.

Erwerb / Umbau von Flüchtlingsunterkünften: Bisher war in den Planungen jedes Jahr ein Betrag in Höhe von 550 T€ für den Kauf und Umbau von Immobilien zur Unterbringung geflüchteter Menschen vorgesehen. Dieser wurde gestrichen und durch einen Betrag von 650 T€ verteilt auf drei Jahre für den Bau einer neuen Unterkunft im Baugebiet Mondscheinweg ersetzt.

Umgestaltung Schlosspark: Trotz intensiver Bemühungen seitens der Stadtverwaltung ist eine Einigung hinsichtlich einer Verlängerung des Pachtvertrages

zeitnah nicht in Aussicht. Da für die Maßnahme Fördergelder in Anspruch genommen werden sollten, für die eine Bindungsfrist von mindestens 20 Jahren gilt, ist die vorherige Verlängerung der darauf basierenden gesicherten Pachtzeit zwingende Voraussetzung. Die Maßnahme, die bisher mit 495 T€ berücksichtigt war, wird bis auf Weiteres gestrichen.

Umbau Paul-Gerhardt-Haus: Aufgrund der derzeitigen Nutzung als Flüchtlingsunterkunft, deren Dauer noch nicht absehbar ist, sind die überschlägig mit 800 T€ bezifferten Planungs- und Umgestaltungsmittel gestrichen.

Im Folgenden hat es auf Basis des Zwischenergebnisses Gespräche mit den vier im Rat vertretenen Fraktionen gegeben. Über viele Ideen haben wir hier in einer sehr vertrauensvollen Atmosphäre und vielfach einvernehmlich gesprochen. Auf einige aus meiner Sicht nennenswerte Vorschläge will ich im Folgenden eingehen.

OGS/Bis-Mittag-Betreuung: Die Elternbeiträge sind länger nicht angepasst worden und im Vergleich mit den übrigen Kommunen im Kreis noch sehr moderat. Daher ergibt sich heute einfach die Notwendigkeit einer Anpassung. Hier steht im Frühjahr eine Überarbeitung der entsprechenden Satzung mit dem Ziel an, die Mindereinnahmen aus den Elternbeiträgen um jährlich 70 T€ zu reduzieren.

IT-Ausstattung an den Schulen: Hier soll ab dem Schuljahr 2025/2026 eine Kostenbeteiligung der Familien eingeführt werden. Die weiteren Schritte sollen im nächsten Jahr mit den Schulen abgestimmt werden.

Erlbad: Die Eintrittspreise sind seit langem nicht angehoben worden. Daher soll bereits zur kommenden Freibadsaison eine Anpassung erfolgen. Hier sollen möglichst 25 T€ an Mehreinnahmen erzielt werden, um den städtischen Zuschussbedarf etwas zu verringern.

Nachtbus: Zusätzlich zum Schienenpersonennahverkehr gibt es ergänzend in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag den Nachtbus von Münster bis nach Walstedde. Der städtische Zuschuss für den Nachtbus soll ab dem Jahr 2025 möglichst ganz entfallen bzw. mindestens spürbar gesenkt werden.

Mögliche jährliche Einsparung hierdurch nach jetzigem Stand 37 T€. Es soll aber zunächst geprüft werden, welche Alternativlösung es insbesondere für den Ortsteil Walstedde geben kann, da dieser nicht mit dem SPNV zu erreichen ist.

Es gab darüber hinaus weitere Ideen, die wir meistens einvernehmlich jedoch nicht weiterverfolgen möchten.

Ganz wichtig ist hier der Bereich der Förderung unserer Vereine und Ehrenamtsinitiativen. Wenngleich auch hier über eine Reduzierung der Zuschüsse anfangs nachgedacht worden ist, so freut es mich, dass wir an diesem Punkt schnell übereingekommen sind, dass wir unsere vielen ehrenamtlich engagierten Menschen und Gruppen in Drensteinfurt auch weiterhin in dem gewohnten Umfang unterstützen und die dort geleistete wertvolle Arbeit wertschätzen wollen.

Einzig die investiven Zuschüsse für die Sportvereine haben wir auf 25 T€ gesenkt. Dieser Betrag hat aber auch in den letzten Jahren ausgereicht. Eine zunächst angedachte vollständige Streichung haben wir so vermieden.

Der größte Posten wäre wohl der Neubau der Eisenbahnbrücke in Hemmer, dessen Einsparung sich bei einem Komplettverzicht auf etwa 3 Mio. € oder beim Bau einer reinen Fußgänger- und Radfahrerbrücke auf 2,5 Mio. € belaufen würde.

Den Neubau des Rathauses haben wir erst mal auf die „lange Bank“ geschoben. Zuerst wird mit ab dem Sommer reduziertem Raumangebot und einer noch zu erarbeitenden Quote für Mobiles Arbeiten der Raumbedarf insgesamt überprüft und getestet. Auf lange Sicht muss nur allen klar sein, dass der jetzige Bestand nicht einfach so belassen werden kann.

Gratulationen und Präsente für Jubilare bleiben so in der Planung, wie wir es erst gerade beschlossen haben, nämlich alle Jubilare, egal ob besucht oder nicht, sollen auch in Zukunft ihre kleine Zuwendung bekommen. Einsparpotential von gut 13.000 € lassen wir hier liegen.

Ein weiterer Gedanke war, die Sportvereine an den Instandhaltungskosten der von ihnen genutzten Immobilien zu beteiligen. Der Gedanke ist insofern nicht abwegig, da alle Vereine, die keine städtische Infrastruktur in Anspruch nehmen, ihren Unterhaltungsaufwand selbstverständlich aus dem Vereinsvermögen bestreiten müssen. Bei Einrichtungen die auch für den Schul- und Breitensport genutzt werden, wäre letzten Endes der Verwaltungsaufwand, um die notwendigen Differenzierungen vorzunehmen, unverhältnismäßig groß.

Gleiches gilt für die Bereitstellung städtischer Flächen wie Marktplatz, Schlosspark oder Erfeld. Auch diesbezüglich ist über eine Beteiligung der Veranstalter gesprochen worden. Diese würden aber im schlechtesten Fall ihre Veranstaltung gar nicht mehr durchführen oder aber müssten Mitgliedsbeiträge oder Eintrittspreise erhöhen. Da uns allen an einem aktiven Gemeindeleben mit den entsprechend erforderlichen Festivitäten gelegen ist, haben wir diesen Gedanken verworfen.

Als letzten größeren Bereich haben wir uns das Erlbad angeschaut. Hier reichten die Vorschläge von der Verkürzung der Freibadsaison über die Verkürzung der Öffnungszeiten bis hin zum Verzicht auf die Beheizung mittels Ölheizung. Im Wesentlichen würden die ersten beiden Gedanken zu einer Reduzierung der Personalkosten führen bei dem letzteren wären nach heutigem Stand etwa 15.000 € an Kosten für Heizöl einzusparen. Allen Beteiligten war aber auch sofort klar, dass die Umsetzung auch nur einer dieser Maßnahmen einen erheblichen Attraktivitätsverlust unseres Erlbades zur Folge hätte. Und perspektivisch sicher auch den Rückgang der Besucherzahlen. Unser Bad zeichnet sich durch eine hohe Familienfreundlichkeit und seine Flexibilität bei der Festlegung des Saisonendes aus. Das kommt in besonderem Maße auch den Familien zugute, die keine teuren Reisen in den Hauptferien machen können. Aber auch diese brauchen gerade im Sommer Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Aus diesem Grund verbietet es sich – und auch da waren wir uns einig – jegliche Verschlechterung im Kontext mit unserem Erlbad. Und dies gerade auch vor dem Hintergrund der gleichzeitig beabsichtigten Erhöhung der Eintrittspreise.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin mir der zahlreichen Mehrbelastungen und Verteuerungen, die alle Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen treffen, die aber natürlich nicht überall die gleichen Auswirkungen haben, bewusst. Wir haben gerade heute einige Gebührensatzungen verändert und haben mit Inflation, steigenden Energiepreisen sowie der schon teilweise sehr deutlichen Veränderungen am Kapitalmarkt ebenso zu tun, wie alle Menschen in Deutschland wie auch in anderen Ländern

Trotz der in diesem Jahr großen Anstrengungen zur Konsolidierung mit den dargestellten positiven Effekten verzehren wir in den kommenden Haushaltsjahren unsere Reserven und das Eigenkapital wird deutlich abnehmen.

Wir schaffen es auch unter den alten Spielregeln, die Haushaltssicherung in den kommenden Jahren zu vermeiden, aber wir haben im Gegenzug damit einhergehend keinen nennenswerten Spielraum mehr für Innovatives und schon gar nicht für die vielen kleineren und größeren Wünsche und Ideen, die zu einer lebendigen und familienfreundlichen Stadt natürlich dazugehören.

Und wir schaffen trotz aller Anstrengungen nicht den originären Ausgleich ohne auf die Ausgleichsrücklage zurückgreifen zu müssen.

Im § 75 Absatz 2 unserer nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung heißt es:

*„Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.“*

Dies haben wir in der Vergangenheit in der Planung nicht erreicht (jedoch in einigen Jahren in der Rechnung) und wir erreichen dies auch nicht in den Planungen für die Zukunft.

Weiter heißt es in der gleichen Vorschrift:

*„Die Verpflichtung des Satzes 1 gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.“*

Dieses Ziel erreichen wir mit den derzeitigen Planungen bis 2027.

In Absatz 6 des o. g. § 75 GO steht noch:

*„Die Liquidität der Gemeinde einschließlich der Finanzierung der Investitionen ist sicherzustellen.“*

Dies wird uns schon im kommenden Jahr nur noch durch die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten gelingen. Erstmals steht in der Haushaltssatzung der Stadt Drensteinfurt eine Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten in Höhe von gut 1,15 Mio. €.

Ich komme daher nach reiflicher Überlegung und intensiven Abwägungen zu dem Schluss, Ihnen liebe Mitglieder des Rates der Stadt Drensteinfurt über die bereits dargestellten Einsparpotentiale hinaus eine moderate Anhebung der durch die Kommune festzulegenden Realsteuerhebesätze vorschlagen zu müssen. Zu müssen deswegen, weil wir bereits sehr viele Einsparungen einplanen, uns im Bereich der Unterhaltung vermutlich ganz nah an dem Bereich befinden, der auf lange Sicht nicht gesund ist für einen öffentlichen Haushalt und weil wir die heutigen Lasten nicht auf unsere zukünftigen Generationen abwälzen dürfen. Schon bei der Anhebung der Hebesätze im Jahr 2017 war klar, dass selbst diese nicht reichen werden, um alle notwendigen Erträge in der Zukunft sicherstellen zu können. Mehrheitlich bestand aber der Wunsch, unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zu stark zu belasten.

Dennoch ist die kommunale Haushaltswirtschaft so ausgelegt, dass die finanziellen Mittel, die zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben einer Kommune benötigt werden, auch in jedem Jahr in gleicher Höhe vereinnahmt werden. Genau das ist dem Grunde nach im § 75 Absatz 2 der Gemeindeordnung NRW gemeint und Pflicht.

Schon in der Vergangenheit haben wir es nur über die Fiktion geschafft, die Haushalte fiktiv auszugleichen.

Das gelingt auch bei jetziger Planung noch für die in diesem Haushaltsplanentwurf betrachteten Jahre, so dass dann auch am Ende des Jahres 2027 noch Ausgleichsrücklage vorhanden ist. Der Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage lässt sich so noch vollständig vermeiden.



Um die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch nehmen zu müssen, müssten wir eine ganz erhebliche Steigerung der Hebesätze festsetzen. Dies wäre aus meiner Sicht aber weder den Bürgerinnen und Bürgern noch den Gewerbetreibenden zumutbar.

Und daher schlage ich Ihnen als Kompromiss vor, die Mehrbelastung auf etwa 10 % für alle zu reduzieren. Mir ist dabei völlig klar, dass auch schon diese Veränderungen spürbar sind, aber ich möchte alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Gewerbetreibenden einbeziehen, denn wir leben alle gemeinsam in dieser Stadt und nehmen all ihre Vorzüge in Anspruch. Sicher in unterschiedlichen Ausprägungen und sicher auch mal mehr und mal weniger. Um unser Gemeinwohl aufrecht zu erhalten, müssen auch alle ihren Beitrag leisten.

Und ohne das jetzt in eine treffsichere Abwägung bringen zu können, um allen gegenüber gerecht zu werden, dürfen wir auch darauf schauen, dass sich trotz vieler Belastungen auch die Einkommenssituation vieler Menschen gerade auch nach den letzten Tarifabschlüssen und Erhöhungen sonstiger staatlicher Leistungen verbessert hat.

Der Haushalt unserer Kommune ist einfach nicht mehr in der Lage, alle zusätzlichen Lasten alleine abzufedern. Auch wir spüren die Zunahme vieler Belastungen und müssen unsere Einnahmeseite daher mit Sorgfalt im Blick behalten.

Was heißt das nun konkret für unseren Haushaltsplanentwurf 2024?

Wir haben Aufwendungen in Höhe von 39.479.280 €; diesen stehen Erträge in Höhe von 36.591.390 € gegenüber.

Im Ergebnis bedeutet dies ein Defizit in Höhe von 2.887.890 €, welches aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden kann, die sich aktuell auf gut 12 Mio. € beläuft. Damit gilt das Ziel des Haushaltsausgleiches wie bereits erläutert als fiktiv erreicht und wir genügen den Anforderungen des § 75 der Gemeindeordnung.

Im Vergleich zu den Planzahlen für 2024 aus dem 23er Haushaltsplan haben wir das Defizit u. a. mit den erarbeiteten Einsparmaßnahmen um fast 50% senken können.

Was unsere städtische Infrastruktur angeht, stoßen wir aber auch an Grenzen. Einige wichtige Investitionen waren weder zu streichen noch zu schieben.

Insgesamt sind an Investitionen im kommenden Jahr 11,6 Mio. € vorgesehen und Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre in Höhe von 18,6 Mio. €.

Die größten Einzelpositionen sind

- Die Erweiterung der GS Rinkerode mit 0,5 Mio. € und VE in Höhe von 6 Mio. €
- Der Neubau des FwGH Rinkerode mit Planungskosten im nächsten Jahr und VE in Höhe von 6 Mio. €
- Die Erweiterung des FwGH Drensteinfurt mit 845 T€
- Der Bau einer Leichtathletikanlage im Erlfeld mit 910 T€
- Die Verlängerung des Radweges an der L671 mit 750 T€
- Die Realisierung der Veloroute nach Münster auf dem Gebiet der Stadt Drensteinfurt mit 480 T€ und zuletzt
- Die Sanierung von zwei Brücken mit 690 T€ sowie VE in Höhe von 4 Mio. €

An Krediten sind für diese Investitionstätigkeiten 5,3 Mio. € vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, wir haben trotz aller Einsparungen auch eine ganze Menge vor im nächsten Jahr und darüber hinaus und ich hoffe, dass uns stets ein angemessener und vertretbarer Ausgleich zwischen notwendigen Einsparungen und erforderlichen Investitionen in die Zukunft gelingt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!